

Israel. Frieden im Land, Frieden in der Region

Avi Primor

Veranstaltung vom 11. Juni 2008



Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Israel. Frieden im Land, Frieden in der Region

Gedruckt mit Unterstützung des
Förderkreises der Akademie für Politische Bildung e.V.

Impressum

Tutzing/München 2008

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Akademie für Politische Bildung Tutzing/

Universität Passau

Vortrag

Israel. Frieden im Land, Frieden in der Region

Botschafter a.D. Avi Primor

Diskussion

Alois Glück, MdL
Präsident des Bayerischen
Landtags

Begrüßung

Meine Damen und Herren, ich heiße Sie herzlich willkommen zum 33. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag. Diese Akademiegespräche sind eine Kooperation zwischen der Politischen Akademie Tutzing und dem Bayerischen Landtag. Thematisch sind sie sehr breit gestreut und der Sinn ist die geistige Auseinandersetzung, aber vor allen Dingen sollen diese Veranstaltungen auch ausstrahlen. Ich danke der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Herrn Professor Heinrich Oberreuter, dem Leiter, sehr herzlich für diese gute Kooperation und für die Zusammenarbeit.

Ich grüße herzlich die Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament. Eine besondere Freude ist es, so unmittelbar vor mir Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher begrüßen zu dürfen. Mein besonderer Gruß gilt der Hauptperson des heutigen Abends, Herrn Botschafter Avi Primor. Lieber Herr Primor, herzlich willkommen hier in München, herzlich willkommen im Bayerischen Landtag und bei dieser Veranstaltung. Wir freuen uns sehr, dass Sie zugesagt haben.

60 Jahre Israel, das ist Anlass, sich mit der Geschichte dieses Landes, seiner Existenz und seinem Weg auseinanderzusetzen. Das ist ein besonderes Thema für Deutschland aufgrund der historischen Gegebenheiten. Die Bundeskanzlerin hat

bei ihrem Besuch in Israel auch die besondere Verpflichtung deutlich zum Ausdruck gebracht, die wir für die Existenz und das Existenzrecht dieses Landes empfinden. Wir hatten hier letzte Woche im Bayerischen Landtag gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung ein dreitägiges Symposium, in dem sehr intensive Beratungen stattfanden über die Entwicklung des Landes, über die aktuellen Bedingungen. Israel ist ein Land, das in seiner 60jährigen Geschichte immer wieder aufs Neue um seine Existenz kämpfen musste, und die Situation ist unverändert so. Die Situation ist außerordentlich komplex, und das ist für uns – glaube ich –, wenn man sich nicht immer wieder und sehr intensiv damit befasst, auch vor Ort, oft schwer nachvollziehbar, wie die Situation ist und wie Reaktionen vielleicht einzustufen sind. Israel ist in der ganzen Region die einzige Demokratie und ein funktionierender Rechtsstaat, was sich ja auch darin zeigt, dass prominenteste Repräsentanten des Staates sich der Justiz stellen müssen. Ich denke, das ist ein Zeichen der Stärke, und selbstverständlich ist es auch ganz legitim, sich mit der Politik, der Regierung und den Parteien eines solchen Landes gegebenenfalls auch kritisch auseinanderzusetzen. Ich möchte bloß ganz eindringlich dafür werben, dass wir dies nicht

wohlfeil tun aus unserer gesicherten Existenz heraus, gewissermaßen auf dem moralischen Hochsitz, und von daher glauben, urteilen zu können. Ich möchte zwei persönliche Erlebnisse, die mich immer begleiten, wenn es um Israel geht, kurz schildern. Ich war in den Tagen, als Rabin ermordet wurde, in Israel. Es war eine Zeit der Hoffnung, der Zuversicht. Wir waren vorher auf den Golan-Höhen. Die uns geführt haben, haben für die Eroberung der Golan-Höhen gekämpft, und es war davon die Rede, dass man diese in einem Friedensabkommen freigibt. Ich habe gespürt, wie schwer das ist. Ich habe mir gedacht, Gott sei Dank bin ich hier nicht verantwortlicher Politiker, der so etwas tragen und vermitteln muss. Aber es war eine Zeit der Hoffnung. Und ich war in Herzliya, ich habe die Einladung gegeben zum Abendessen. Ich wusste gar nicht, dass diese Kundgebung stattfindet. Einer der Gesprächsteilnehmer, der die damals geheimen Friedensgespräche in Norwegen auch mitgeführt hatte, ging während des Gesprächs hinaus, hat telefoniert, kam zurück und sagte, die Kundgebung sei gerade zu Ende gegangen. Und wenige Minuten später hat uns die Nachricht erreicht, Anschlag auf Rabin. Ich habe die Erschütterung in dem Land erlebt, innerhalb einer Minute war nichts mehr normal. Am näch-

sten Tag waren die vereinbarten Gesprächspartner vonseiten der Palästinenser nicht mehr erreichbar.

Jahre später, wenn ich mich recht erinnere war es etwa 2001, war ich mit Ministerpräsident Edmund Stoiber in Israel und in der Region, u.a. auch auf einer geisterhaften Fahrt nach Ramallah. Aber am meisten in Erinnerung geblieben ist mir das erste Gespräch mit einer Ministerin, deren Namen mir leider entfallen ist, von der Arbeitspartei. Sie war früher Umweltministerin gewesen und war in der Zeit zuständig für Handel und Tourismus. Sie sagte in dem Gespräch: Ich habe 10 Jahre für den Friedensprozess gekämpft. Es war oft schwer, auch im eigenen Land. Und jetzt muss ich feststellen, wir haben keine Partner für diesen Friedensprozess. Und sie hat hinzugefügt: Solange unsere Kinder auf dem Schulweg beschossen werden, gibt es keine andere Möglichkeit als die, die die Regierung Sharon praktiziert.

Ich habe diese Verbitterung bei der Frau gespürt, diese Lebenseintäuschung von Menschen. Wir, Herr Botschafter, haben uns beim Abendgespräch getroffen, und ich habe auch bei derselben Veranstaltung Eltern kennen gelernt, Israelis und Palästinenser, deren Kinder in diesem Konflikt ums Leben gekommen waren, die gemeinsam Wege gesucht haben. So gibt es sicher

unzählige Beispiele.

Ich will damit deutlich machen: Das ist dort ein Leben und Handeln unter Bedingungen, wie wir sie uns nicht vorstellen können. Seitdem bin ich auch persönlich sehr vorsichtig geworden in der Beurteilung von Vorgängen und von Verhalten.

Wolffsohn hat einmal bei einer Veranstaltung bei uns in der Fraktion gesagt: Euer deutsches Credo ist „Nie wieder Krieg!"; unser Credo ist „Nie mehr Holocaust!" – immer gewappnet bleiben für eine solche Situation. Das heißt, wir haben unter Umständen sehr unterschiedliche Zugänge.

Aber dieses Jubiläum, diese 60 Jahre, ist natürlich auch für uns ein besonderer Anlass, Gelegenheiten zu suchen, uns mit der Situation so gut wie möglich vertraut zu machen und zuzuhören. Ich könnte mir auch persönlich keine geeignetere Persönlichkeit vorstellen als Avi Primor. Ich sage das vor dem Hintergrund von Gesprächen, die ich mit Ihnen führen durfte in der Zeit, wo Sie Botschafter in Deutschland waren und wo wir uns gelegentlich hier in München zum Frühstück getroffen haben. Ich bin bleibend beeindruckt von dem Buch, das Sie dann geschrieben haben, wo Sie auch den Weg Ihrer Beziehung zu Deutschland nachzeichneten. Sie waren – wenn ich es recht in Erinnerung habe – vor der Berufung als Botschafter

nie in Deutschland gewesen. Sie haben dann für mich in atemberaubend kurzer Zeit Deutsch gelernt im Goethe-Institut in Frankfurt. Und Sie sind ein Brückenbauer geworden. Ein Brückenbauer zwischen unseren Ländern, ein Brückenbauer sind Sie nach wie vor zwischen Israel und Europa. Und wer immer seine Bücher liest oder die Kolumnen, die Herr Primor immer wieder schreibt – morgen ist wieder eine in der „Süddeutschen“ mit einer Einschätzung der Wirkung hoher Ölpreise, bei der manche wahrscheinlich zunächst schlucken werden, nach dem, was Sie mir gesagt haben –, aber wer die Berichte liest, kennt Sie als einen phantastischen Analytiker und einen unabhängigen Denker. Der Botschafter Primor hat eine für Diplomaten ungewöhnliche Freiheit in den Positionen beansprucht und praktiziert, vielleicht nicht immer zur Freude seiner Regierung. Wie auch immer, aber umso wertvoller sind uns Ihre Analysen. Nochmals herzlichen Dank.

Prof. Dr. Dr. h. c.
Heinrich Oberreuter
Akademie für Politische Bildung
Tutzing / Universität Passau

Einführung

Lieber Herr Präsident, sehr geehrter Herr Primor! Die Brückenbauer haben wir in der Tat nötig. Ich erinnere mich an wissenschaftliche Veranstaltungen mit israelischen Kollegen, die aus München stammten und denen es nicht leicht gefallen ist, nach Deutschland zu kommen angesichts der Alpträume, die sie überfielen, auch in Deutschland zu übernachten. Das sind die Hintergründe, auf denen wir über deutsch-israelische Beziehungen sprechen. Der Präsident hat ja in einer wundervollen Weise auch seine persönlichen Eindrücke mit eingeführt. Ich kann nur sagen: Wer die Geografie dieses Landes nicht kennt, der sollte seinen Intellekt an der Friedens- und an der Sicherheitsfrage lieber nicht ausprobieren; denn manches, was dort sicherheitsrelevant ist, entspricht in seiner Entfernung etwa der Strecke vom Maximilianeum nach München-Sendling. Ich habe selbst in einem Kibbuz erlebt, wie Eltern darüber klagten, dass man den Kindern nicht nur den Weg zum Kindergarten freihalten musste, sondern zugleich auch den Weg in den Schutzkeller, weil von den Golan-Höhen herab in den Kibbuz hineingezielt worden ist. Ich empfehle dringend, über viele Dinge nicht ohne eine gewisse persönliche Erfahrung und ohne eine gewisse Landeskenntnis zu sprechen.

Meine Damen und Herren, was ist das für ein Land, das nicht nur in Krisen gezeugt, sondern auch in Krisen weitergelebt hat? Ein Land mit einem Friedensproblem, aber auch ein Land mit Herausforderungen in seinem Inneren, mit einer Patchwork-Gesellschaft, mit vielen gegensätzlichen Erfahrungen und Horizonten. Wenn wir jetzt schon persönliche Erfahrungen preisgeben, dann erinnere ich mit Schauern an ein Graffito in Jerusalem, auf dem der Gegensatz zwischen Sephardim und Ashkenasi zum Ausdruck gekommen ist. Da stand, man kann es kaum glauben, „Ashkenasi = SS“. Das sind die inneren Spannungen eines Landes, das mit sich auch selbst in Frieden kommen muss und das in dem gewaltigen Strom der Zuwanderung aus unterschiedlichen Kulturen eine große Aufgabe und viel Arbeit hatte.

Doch nach 60 Jahren hat sich trotz dieser vielen Probleme, trotz Krieg, trotz Terror, das Land positiv entwickelt. 600.000 Juden lebten zu Beginn der Unabhängigkeit in diesem Land. Jetzt sind es sieben Millionen. Damals gab es eigentlich noch nicht einmal Landwirtschaft, geschweige denn Industrie. Jetzt ist es ein Hightech-Land, auf das mit großem Respekt geschaut wird. Die inneren und äußeren Anspannungen haben diese positive Entwicklung nicht negativ zu beeinflussen vermocht. Angela Merkel

charakterisierte vor der Knesset am 18.03.2008 Israel als ein Land voller Vitalität und Zuversicht mit technologischen Spitzenleistungen, mit kulturellem Reichtum und Tradition.

Die Probleme hat die Kanzlerin nicht vergessen hinzuzufügen. Wir dürfen dankbar sein, dass diese Probleme nicht mehr primär in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und Völkern liegen. So sehr die Erinnerung an die Shoah natürlich wach ist und wach bleiben muss, so sehr muss auch das Bewusstsein von der besonderen Verantwortung der Deutschen wach bleiben, wenn sie denn einen Beitrag dazu leisten können, Israels Sicherheit mit zu unterstützen. David Ben Gurion hat einmal das geflügelte Wort gesprochen: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“ Auf das Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten mag das zutreffen, ob es auch auf den Friedensprozess im Nahen Osten zutrifft, diese Frage möchte ich eigentlich lieber nicht impulsiv stellen. Denn Friede wird nur ein Werk schmerzlicher Kompromisse, guten Willens und angestrebter Verhandlungen sein können. Frühere Annäherungen hat es schon gegeben, von denen – wenn ich es recht im Gedächtnis habe – Avi Primor meinte, sie wären partiell eigentlich ganz knapp vor dem Zielweg gescheitert, und manchmal wisse man eigentlich

nicht so recht, warum denn doch noch.

Die Kanzlerin spricht von der Vision von zwei Staaten in sicheren Grenzen und in Frieden für das jüdische Volk in Israel und für das palästinensische in Palästina. Doch genau dort, meine Damen und Herren, beginnt das Problem. Wie sieht die territoriale Gestaltung aus und wie sehr sind territoriale Fragen mittlerweile von Sicherheitsfragen überlagert? Israelische Sicherheitspolitiker verstehen die Kontrolle über die Westbank zunehmend als sicherheitspolitische Notwendigkeit. Würde sich die Sicherheitslage nach einem Abzug von dort ähnlich verschlechtern wie ehemals im Gaza-Streifen? Und dies angesichts der Nähe der Westbank zu israelischen Ballungszentren und zum Beispiel zum internationalen Airport in Tel Aviv! Gleichzeitig fordern die Palästinenser – und wir haben auch dafür Verständnis – eine politische Lösung, die ihnen einen Ausweg zeigt aus einem von Israel kontrollierten Leben in isolierten, durch Mauern, Zäune und Militärposten begrenzten Enklaven. Wie immer geht es um Geschichtsinterpretationen und es geht um kollektives Selbstverständnis. Es geht also um hohe Hürden gegenseitiger Verständigung. Der Schlüsselbegriff aber heißt nach wie vor Sicherheit. Wer hilft? Vor allem die USA und auch die Europäische Union engagieren

sich. Mit der Konferenz von Annapolis haben die USA wieder ihre politische Führungsrolle betont. Sie vermitteln aber, wenn ich das recht sehe, gegenwärtig nicht wirklich, sondern überlassen die Sache den beiden Konfliktparteien. Die Europäer haben sich aufgrund dessen weitgehend wieder auf ökonomische Unterstützung zurückgezogen. Dafür, dass bis Jahresende, wie ein abtretender Präsident meint, eine Lösung erreicht werden könnte, scheinen mir Olmert wie Abbas zu schwach zu sein, um entschieden zu Ergebnissen zu kommen und diese Ergebnisse auch durchsetzen zu können. Sodann bleiben wesentliche Akteure, wie etwa die Hamas, in den Friedensprozess nicht einbezogen. Experten, auch Avi Primor, sagen: Die Einbeziehung Syriens sei zum Beispiel von zentraler Bedeutung, weil dadurch potenzielle Störfaktoren in der Region domestiziert und Unterstützung mobilisiert werden könnte. – Aber, meine Damen und Herren, was Avi Primor zu sagen hat, das soll er Ihnen am besten selber erzählen. Ich lade Sie herzlich ein und danke, dass Sie da sind.

Botschafter a.D. Avi Primor

**Israel. Frieden im Land, Frieden
in der Region**

Vortrag

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Herr Alois Glück, ich danke Ihnen für die durchaus freundlichen Worte. Ein bisschen übertrieben, aber es hat mir gefallen – immer besser als Schimpfe. Sehr geehrter Herr Professor Oberreuter, ich danke auch Ihnen. Ich dachte mir, wenn Sie so weiter die Situation bei uns analysieren, was bleibt für mich übrig? Auf jeden Fall werde ich Ihnen nicht widersprechen.

Die heutige Zeit stimmt. Es ist eine Feierzeit für uns: 60 Jahre Unabhängigkeit des Staates Israel. Allerdings spreche ich persönlich nicht von der Gründung des Staates Israel vor 60 Jahren. Man hat den Staat nicht gegründet, man hat die Unabhängigkeit ausgerufen. Ge-gründet hat man ihn 50 Jahre zuvor schon mit der Zionistischen Bewegung. Aber von der Gründung des Staates Israel vor 60 Jahren zu sprechen, das wäre so, als würde man sagen: 1949 war die Gründung Deutschlands, das war es nicht, man hat die Bundesrepublik ausgerufen. Wenn wir von 60 Jahren sprechen und tatsächlich auch von der Gründung des Staates Israel mit der Gründung der Zionistischen Bewegung 1897, dann muss man sich die Frage stellen: Was haben wir erreicht, was haben wir angestrebt und wie verhalten sich diese beiden Dinge?

Der Gründer des Staates Israel war ja Theodor Herzl, und er hat ganz

genau niedergeschrieben, was er vorhatte. Er hat nicht nur in seinem ersten Buch, dem „Judenstaat“, genau gesagt, was er anstrebte, sondern darüber hinaus im Jahr 1902 ein weiteres Buch veröffentlicht unter dem Titel „AltNeu-Land“. Das alte Land, das ein neues Land wird. In dem hat er ausführlich und detailliert beschrieben, was für ein Land er haben will. Was soll dieses Land werden, wie soll es aussehen, wie soll es leben? In allen Details. Es ist interessant, das auch mit der heutigen Situation zu vergleichen. Zunächst einmal sagte er, dass die Gründung der Zionistischen Bewegung einen Sinn, einen Zweck hat – nämlich, den Juden ein Leben in Würde leben zu ermöglichen, weil die Emanzipation der Juden im Laufe des 19. Jahrhunderts zwar juristisch ein Erfolg war, aber nicht gesellschaftlich. Gesellschaftlich wurden die Juden nicht als Ebenbürtige, also Gleichberechtigte akzeptiert. Deshalb lebten sie nicht in Würde und würden auch nie in Würde leben, solange sie nicht ein Volk werden wie alle anderen. Anders gesagt: Solange sie keinen Staat haben, die eigene Unabhängigkeit, internationale Souveränität. In dieser Hinsicht ist das Ziel erreicht. Wir sind ein Staat, wir haben unsere internationale Souveränität. Ich glaube nicht, dass wir nur in Israel in Würde leben; ich glaube, dass auch Juden in aller Welt sich

etwas mehr Würde leisten können, seitdem sie in ihrem Hintergrund auch einen Staat haben. Es gab in Amerika immer einen interessanten Unterschied. Amerika ist ja ein Zuwanderungsland, und da sagte man: Wieso können die Juden von Antisemitismus sprechen? Alle sind hier Ausländer, alle kommen aus verschiedenen Kulturen, alle müssen allmählich Amerikaner werden. Und die Juden sind genauso wie die anderen. Es war aber nicht so, weil jede Zuwanderung im Hintergrund noch irgendwo eine Heimat hatte, eine Kultur, einen Staat. Ob es die Italiener waren, die Iren, die Polen, die Deutschen Ende des 19. Jahrhunderts oder wer auch immer. Nicht aber die Juden, die hatten hinter sich keinen Staat. Das ist heute nicht mehr so. Die zweite Sache, die Herzl sagte: Damit die Juden in Würde leben, müssen sie tatsächlich auch in ihrem Land, in ihrer Heimat leben, das heißt nicht nur ein paar Juden, sondern tatsächlich eine Masse von Juden, nicht unbedingt alle. Aber es muss schon erheblich sein, und wie Sie wissen – das hat der Landtagspräsident schon angedeutet, auch Herr Oberreuter – heute sind wir 7 Millionen Juden, das heißt die Mehrheit der Juden in aller Welt. Eine knappe Mehrheit, aber immerhin die Mehrheit, wenn wir alle Juden in allen Ländern mitzählen. Damit ist auch ein Ziel Herzls erreicht.

Und dann sprach Herzl davon, dass es eine Demokratie sein müsse. Was bedeutet das, eine Demokratie? Wenn wir das heute sagen, ist es ja selbstverständlich. Damals war es aber nicht so. Wo gab es eigentlich damals, Ende des 19. Jahrhunderts, eine echte parlamentarische Demokratie? Herzl hat sie in Frankreich kennengelernt, aber wo noch in Europa? Die Juden lebten ja meistens in Ländern, die noch keine parlamentarische Demokratie waren. Das waren das deutsche Kaiserreich, das österreichische Kaiserreich, das russische Kaiserreich oder auch in den islamischen Ländern. Wie macht man aus Leuten, die keinen demokratischen Hintergrund, keine demokratische Erziehung haben, eine demokratische Gesellschaft? Er hat schlicht und einfach seine Bewegung auf Demokratie gegründet, was für ihn nicht so bequem war, weil man ihm widersprechen konnte, weil er Koalitionen bilden musste. Er hätte ja allein die Bewegung führen können, er war beliebt genug dazu. Nein, er wollte die Demokratie einführen, erzwingen, und seitdem müssen sich alle Welten von Zuwanderern, die nach Israel kommen, diesem Kern anpassen. Daher entstand die Demokratie, die trotz Kriegszustand überlebt hat und sich sogar entwickelt hat, was eine Ausnahme ist. Kriegszustand ist für Demokratie überhaupt nicht günstig.

Und dann sagte Herzl, wir müssten ein Land haben, das modern ist. Ein modernes Land, das auf Industrie, auf Entwicklung, auf Hochtechnologie beruht. Und wie Sie wissen, haben wir auch das erreicht – es wurde schon angesprochen und ist heute weltbekannt. Wir sind ein fortschrittliches, hochtechnologisches Land, nochmals, trotz Kriegszustand und trotz Schwierigkeiten. Wo Herzl aber sein Ziel nicht erreicht hat, das war in einem Punkt, den man ihm sehr oft vorwirft, und zwar zu Unrecht. Leute, die sich in seiner Schrift nicht auskennen, behaupten, er hätte es ignoriert, dass in diesem historischen Land der Juden sich auch eine andere Bevölkerung befindet, mit der man zurechtkommen muss. Das stimmt nicht. Lange und ausführlich hat Herzl über die Araber Palästinas gesprochen. Die nannten sich damals noch nicht Palästinenser. Und er hat von einer Zusammenarbeit der beiden Bevölkerungen gesprochen zum Wohle beider. Gemeinsam sollten wir den Nahen Osten entwickeln, schrieb er und hat detailliert erfundene Gespräche niedergeschrieben – es war ein Roman, was er da geschrieben hat –, Gespräche zwischen jüdischen Zuwanderern aus Europa und Arabern Palästinas, wie sie gemeinsam eine Zukunft in Würde aufbauen sollen für die beiden Völker. Aber in diesem Punkt waren wir, sind wir nicht erfolgreich.

Ich will die Wurzel der Geschichte, die Hintergründe, hier nicht noch einmal erzählen, denn ich gehe davon aus, dass Sie sich alle ein bisschen auskennen. Aber ich will direkt zur Frage, die mein Thema ist, kommen: Frieden im Nahen Osten, Frieden in der Region – ist das möglich, wann, wie? Wenn man eine schwierige Frage stellt und keine Antwort hat, dann gibt man eine sehr lange Antwort, und infolgedessen muss ich Sie im Voraus um Verständnis bitten, dass ich da nicht sehr kurz sein kann. Gibt es überhaupt eine Friedensmöglichkeit? Ist Frieden überhaupt machbar? Es gab ja so viele Enttäuschungen. Ja, es gibt eine Friedensmöglichkeit, es gibt sogar einen Friedensentwurf, es gibt einen Friedensplan, der liegt sogar auf der Hand. Er liegt vollkommen auf der Hand und wird auch nicht bestritten. Wenn Sie alle Friedensentwürfe, Projekte und Vorstellungen, die man selbst seit dem Jahr 2000 veröffentlicht hat, miteinander vergleichen, dann werden Sie sehen, dass ihre Prinzipien alle gleich sind. Es gab schon im Jahr 2000 den Friedensplan des amerikanischen Präsidenten Clinton. Es gab im Januar 2002 den Friedensplan Saudi-Arabiens. Im selben Jahr, im August 2002, die sogenannte Bush-Vision. Dann gab es im Plan des Nahostquartetts den berühmten Fahrplan, die road-map. Dann gab es einen sehr kühnen Plan der

palästinensischen Insassen in den israelischen Gefängnissen. Und dann gab es den Plan des heutigen Ministerpräsidenten Olmert, den er im November 2006 am Grab Ben Gurions ausgesprochen hat. Und es gab verschiedene Pläne der Zivilgesellschaft. Der bekannteste ist die Genfer Vereinbarung und es gibt noch viele andere.

Wenn Sie die alle miteinander vergleichen, werden Sie sehen, dass sie alle gleich sind. Alle haben dieselben Prinzipien, dieselben Komponenten, dieselben Ideen. Die Formulierung ist manchmal besser, manchmal anders, die Reihenfolge ändert sich. Aber im Grunde genommen ist es immer wieder derselbe Plan, der sich immer wiederholt, und dem eigentlich alle zustimmen. Wir wissen, was dieser Plan beinhaltet: Eine Trennung zwischen Israelis und Palästinensern, das heißt das Ende der Besatzung der palästinensischen Gebiete, das heißt ein Palästinenserstaat, ein unabhängiger Palästinenserstaat, der aber in Frieden mit Israel leben, mit Israel kooperieren muss, den Staat Israel anerkennen und ehrlich akzeptieren muss. Eine Teilung der Stadt Jerusalem, auch das gibt es. Eine Lösung des Flüchtlingsproblems der Palästinenser und darüber hinaus noch einen Friedensplan zwischen Israel und Syrien und Libanon. Ich will Ihnen hier nicht alle Details aufzählen, die sind bekannt und alle diese

Details sind immer wieder dieselben. Wir müssen die Gebiete räumen, nicht unbedingt auf die Grenze vor dem Sechstagekrieg, nicht unbedingt auf die sogenannte Grüne Linie von 1967. Aber eine Teilung muss auf Demografie beruhen: Wo Palästinenser leben, soll ein Palästinenserstaat entstehen; wo Israelis leben, soll der israelische Staat bestehen bleiben, und es soll ein bisschen Landaustausch geben, damit die neuen Grenzen auch demografische Grenzen sind. Dem haben alle zugestimmt: Palästinenser, Israelis, Amerikaner, Europäer, Araber, die Arabische Liga.

Aber wenn das so einfach ist, warum haben wir den Frieden nicht? Wenn es so einen klaren und akzeptablen Friedensplan gibt, warum setzt man ihn nicht in die Tat um? Da kommt die Hauptfrage: Wenn Sie heute die beiden Hauptkontrahenten – also die israelische Regierung und die palästinensische Regierung – in Betracht ziehen, dann werden Sie sehen, dass das wohlwollende Leute sind. Nicht alle israelischen Minister, nicht alle israelischen Spitzenpolitiker, auch nicht alle palästinensischen Spitzenpolitiker, aber die entscheidenden, die Mehrheit, die führenden Kräfte, stimmen diesen Plänen zu. Das sind Realisten. Ehud Olmert kommt aus dem Likud, seine Stellvertreterin Tzipi Livni kommt aus dem Likud, die sind mit der Idee

des vollkommenen, vollendeten Israel aufgewachsen, das heißt die Annektierung aller Gebiete. Die streben aber heute solche Friedenspläne an. Ich spreche schon nicht von einer Arbeitspartei und anderen. Die Palästinenser: wir vertrauen dem palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas, wir wissen, dass er wohlwollend ist, dass er ein Realist ist, gegen Terror, und dass er eine Lösung anstrebt, einen Kompromiss. Also warum kann man das nicht in die Tat umsetzen? Ist es die Bevölkerung, die sich dem widersetzt? Auch das nicht. Wenn Sie die Meinungsumfragen betrachten, dann werden Sie sehen, dass es ständig eine stabile, solide Zweidrittelmehrheit in der israelischen Bevölkerung gibt, und unter den Palästinensern eine noch größere Mehrheit, die allen Komponenten dieser verschiedenen Friedensprojekte zustimmt. Die Meinungsumfragen stellen die Fragen detailliert, nicht so pauschal: „Akzeptieren sie einen Friedensplan?“. Nein, sondern Detail für Detail, und da sieht man, dass die Bevölkerung dahintersteht. Dann aber kommt eine weitere Frage in den Meinungsumfragen, die lautet: „Sollte es heute vorgezogene Wahlen geben, wen würden sie an die Macht bringen?“ Und da lautet die Antwort: Die Opposition, den Likud. Wir werden die Partei an die Macht bringen, die sich diesen Friedensprojekten widersetzt. Also

ist das doch widersprüchlich? Nicht unbedingt. Was die Israelis wirklich im Sinne haben ist: Wir sind zu allen Zugeständnissen bereit. Alle Zugeständnisse, die die verschiedenen Friedensprojekte von Israel verlangen, akzeptieren die meisten Israelis. Aber sie glauben nicht, dass all dies auch realisierbar ist, dass so ein Friedensprojekt auch umsetzbar ist. Warum? Weil sie sagen, es fehlt uns ein Element, nämlich das Top-Element. Was für die Israelis wirklich wichtig, unentbehrlich ist, weil es ihnen am Herzen liegt, ist nicht unbedingt der Frieden. Denn die Israelis sagen, was bedeutet genau Frieden, was ist das? Ist das greifbar? Versteht man, was das ist? Wenn wir letzten Endes die Geschichte der Menschheit betrachten, dann werden sie sehen, dass Völker immer gegeneinander gekämpft und danach Frieden miteinander geschlossen haben, um wieder gegeneinander zu kämpfen. Nein, was wir wirklich wollen, womit wir uns seit der Unabhängigkeit des Staates Israel ununterbrochen auseinandersetzen müssen, das ist die Sicherheit. Herr Professor Oberreuter, Sie haben das schon angesprochen. Die Sicherheit, das ist der Schlüssel. Das ist die Hauptfrage. Die meisten Israelis brauchen die Gebiete nicht, die meisten Israelis brauchen die Siedlungen nicht. Wir meinen nur, dass die Gebiete und

die Siedlungen ein Mittel sind, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, zumindest teilweise. Wir sagen: Wir haben den Gaza-Streifen geräumt, wir haben die Siedlungen in dem Gaza-Streifen geräumt, wir haben den Südlibanon geräumt, und was haben wir dafür bekommen? Sicherheit? – Ganz im Gegenteil! Bombardierungen, die wir nie zuvor hatten, Raketen tagtäglich, Granaten tagtäglich auf unseren Dörfern und Städten. Zwar haben wir den Südlibanon wie auch den Gaza-Streifen auf eine Weise geräumt, wie es ich würde sagen nicht unbedingt empfehlenswert war, nämlich einseitig, ohne Vereinbarung, ohne Koordination, nicht im Einklang mit den Nachbarn. Aber das sieht der durchschnittliche Bürger nicht. Er sagt: Was soll das, wir sind ja nicht mehr da. Es gibt keine Besatzung, es gibt keine Siedlungen, die israelische Armee befindet sich dort nicht. Warum greift man uns an? Sollte man uns jetzt aus dem Westjordanland angreifen, sollten wir im Rahmen einer Friedensvereinbarung das Westjordanland räumen, da würde die Sache erheblich gefährlicher sein, weil das Westjordanland – Professor Oberreuter, Sie haben es schon angedeutet – am Rande der Zentren des israelischen Staates liegt. Am Rande der Großstädte, des Flughafens, der Häfen, der Industrie. Sollten wir aus diesem Gebiet bombar-

diert werden, dann wäre es erheblich gefährlicher für uns als die Bombardierungen aus dem Gaza-Streifen oder aus dem Südlibanon. Das können wir uns nicht leisten. Wir haben schon mehrfach Gebiete geräumt – Gaza-Streifen und Südlibanon waren ja nicht die ersten. Wir haben Ende der Siebzigerjahre mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat den Frieden geschlossen und haben ihm alle seine Gebiete zurückgegeben, haben alle Siedlungen auf seinem Boden geräumt. Sadat sagte, als er zu uns kam: Ich will meine Gebiete zurückbekommen bis zum letzten Zentimeter, das hat er immer betont. Und er hat sie auch bis zum letzten Zentimeter zurückbekommen. Warum? Weil er uns Sicherheit versprochen hat. Wir haben ihm vertraut. Wir haben ihm nicht nur vertraut, weil wir dachten, dass er ehrlich war. Sondern weil wir wussten, dass er auch die Mittel zur Verfügung hatte, um Sicherheit zu gewährleisten, zu erzwingen, und das hat sich ja auch so erwiesen. Genau so war es dann auch mit König Hussein aus Jordanien, der ebenfalls seine Gebiete zurückbekommen hat, weil er Sicherheit versprach und wir ihm vertrauten mit Recht. Aber wer soll uns heute Sicherheit im Westjordanland garantieren? Mahmud Abbas, der Palästinenserpräsident? Er ist ehrlich, er ist wohlwollend, er ist anständig, er will, kann es aber nicht. Er hat die

Mittel nicht zur Verfügung. Er kann nicht einmal für seine eigene Sicherheit sorgen. Sehen Sie, was ihm im Gaza-Streifen passiert ist, wie die Hamas die Macht übernommen hat, das könnte wohl morgen im Westjordanland genauso passieren. Sadat konnte Sicherheit versprechen, erzwingen, gewährleisten. König Hussein auch. Der Palästinenserpräsident kann es nicht.

Also ist der Frieden – leider – nicht machbar, und wenn er nicht machbar ist, bedeutet dies, dass wir wahrscheinlich wieder einen Krieg haben werden, so wie es immer bei uns der Fall ist. Und ich sage Ihnen, die Bevölkerung wünscht sich wirklich keinen Krieg. Noch nie hat man in Israel den Krieg so gefürchtet wie heute. Noch nie, weil die Bevölkerung genau weiß, dass Krieg heute Raketen auf die Zentren, auf die Zivilzentren des Staates Israel bedeutet. Es wird ein Raketenkrieg sein. Der Iran sorgt dafür, dass die Hisbollah und andere immer mehr und immer modernere Raketen bekommen. Die werden alle auf die Städte Israels gerichtet. Man will den Krieg nicht haben, aber sollte man keine Alternative dazu haben, dann muss man zumindest den Krieg richtig führen und alles Mögliche tun, um ihn zu gewinnen. Aber das wird die heutige Regierung, so sagt die israelische Bevölkerung, nicht tun können. Wir haben ja gesehen, wie

sie den Krieg im Libanon im Sommer 2006 geführt hat. Sollte es wirklich wieder zu Krieg kommen, und das wird – so meint die Bevölkerung – wahrscheinlich der Fall sein, weil man den Frieden nicht durchsetzen kann, dann brauchen wir eine Regierung, die einen Krieg führen kann, was nur das rechte Lager kann. Warum? Das rechte Lager kann immer einen Krieg gut führen, so heißt es. Dabei vergisst die Bevölkerung bei uns, dass alle erfolgreichen Kriege, die Israel geführt hat, von einer linken Regierung geführt wurden. Den einzigen Krieg, den das rechte Lager geführt hat, war der Libanonkrieg 1982, und das war eine regelrechte Katastrophe. Aber das rechte Lager – das vergisst man – hat eine glasklare Sprache. Es sagt: Im Krieg, da muss man den Feind zerschmettern, ohne Wenn und Aber. Während die anderen sagen: Man muss sehen, man muss verhandeln, man muss es sich überlegen und man muss vielleicht andere Lösungen finden. Aber die Bevölkerung sagt: Wenn es Krieg gibt, dann muss die Antwort klar und deutlich sein. Deshalb ist die Bevölkerung einerseits zu Zugeständnissen bereit, andererseits aber will sie den Likud und Netanjahu an die Macht bringen. Widersprüchlich, aber verständlich. Wie kommt man aus dieser Klemme heraus? Zunächst einmal macht sich Ehud Olmert Gedanken.

Ehud Olmert weiß, dass er unbeliebt ist – ich weiß gar nicht, ob er an der Macht bleibt. Es kann sein, dass er morgen zurücktritt. Aber das macht keinen großen Unterschied; denn wenn seine Partei an der Macht bleibt, wenn die heutige Koalition zusammenhält und wenn ein Nachfolger die Koalition fortsetzen kann, dann wird der Nachfolger dasselbe Dilemma haben wie Ehud Olmert heute. So sagt Ehud Olmert: Ich sehe die Meinungsumfragen, ich weiß, dass ich Neuwahlen verliere. Womit kann ich noch in die Wahlen gehen und eine Chance haben? Wo kann ich eine Trumpfkarte finden? Wir wissen, die Antwort lautet: Sicherheit – und mit den Palästinensern werde ich das nicht erreichen. Also vielleicht mit Syrien? Wir haben sehr viele Gründe, weshalb wir Interesse daran haben, mit Syrien zu verhandeln. Zunächst einmal: wenn wir mit Syrien Frieden schließen, dann werden wir so gut wie automatisch auch mit Libanon Frieden schließen, dann haben wir den Frieden mit allen unseren unmittelbaren Nachbarn. Das wäre eine ganz neue Situation für Israel und es würde natürlich auch die Situation mit den Palästinensern erleichtern. Wenn wir mit Syrien Frieden schließen, wird die Hisbollah uns nicht aus dem Südlibanon angreifen können, denn ohne die Hilfe Syriens ist das schon sehr kompliziert, überhaupt kann man heute

ohne Syrien keinen Krieg gegen Israel führen. Die israelische Bevölkerung fürchtet den Krieg, will ihn überhaupt nicht haben. Also: ohne Syrien gibt es keinen Krieg. Wenn man mit Syrien Frieden schließt, dann wird es wahrscheinlich eine Spaltung zwischen Syrien und dem Iran geben, also wird sich die iranische Gefahr, die erheblich ist, ein klein wenig von uns entfernen und sich nicht mehr an unserer Grenze befinden. Warum? Syrien ist zwar mit dem Iran verbündet und mit der Hisbollah, das stimmt. Aber warum? Ist das eine natürliche Allianz zwischen ihnen? Keineswegs, denn wenn die Iraner in der islamischen Welt die Oberhand gewinnen, dann wird das für Syrien bitter sein. Die Syrer sind keine Iraner, sie sind Araber. Wenn die Fundamentalisten die Oberhand haben, wird es das Ende des syrischen Regimes bedeuten, weil die Syrer zwar eine Diktatur sind, aber kein Gottesstaat. Die Syrer sind nicht daran interessiert, dass die Iraner die Oberhand gewinnen, ganz im Gegenteil: Die Iraner sind Schiiten, die Syrer sind Sunniten. Die Syrer haben überhaupt kein Interesse an dieser Allianz mit dem Iran, mit der Hisbollah und mit diesen schiitischen fundamentalistischen Kräften. Aber wir alle haben Syrien in die Isolation gedrängt. Zunächst die Amerikaner, danach die Franzosen und natürlich auch wir. Und jetzt nehmen

die Syrer die Verbündeten, die sie finden können. Es ist eine Notallianz, nicht wirklich ein grundsätzliches Interesse Syriens. Das ist auch der Grund, weshalb die Syrer mit uns verhandeln wollen. Da sagt man bei uns, da sagen viele Israelis: Ja, aber man müsste ihnen die Golan-Höhen zurückgeben, das wollen wir nicht. Vier israelische Ministerpräsidenten haben schon in der Vergangenheit mit Syrien verhandelt, und alle haben als Ansatzpunkt den Syrern die Golan-Höhen versprochen und sich auch bei den Amerikanern diesbezüglich verpflichtet. Das waren Rabin und Peres, aber auch Netanjahu und Barak.

Herr Präsident, Sie haben angedeutet, dass die Verhandlungen gescheitert sind. Warum? Wegen ein paar hundert Metern, nicht Kilometern, Metern! Es ging um Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Grenze, die ein paar hundert Meter betreffen, nicht mehr. Wir waren wirklich fast zu einer Verständigung gelangt. Das Prinzip war, dass man die Golan-Höhen zurückgibt. Natürlich hängt das von den Umständen ab: Was bekommen wir dafür? Was für einen Frieden? Was für Sicherheitsmaßnahmen? Was für internationale Garantien? Es gibt, wie gesagt, sehr viele detaillierte Entwürfe, wir haben schon vier Mal mit den Syrern verhandelt, immer wieder waren wir kurz vor einer Verständigung.

gung. Also ist all dies schon so gut wie ausgebügelt; die Frage ist nur, ob wir den politischen Willen haben. Heute haben wir ihn, und warum haben wir ihn? Weil Ehud Olmert sagt: Wenn ich mich zur Wahl stellen will, dann muss ich mit einer Trumpfkarte kommen. Heute habe ich eine Chance, wenn ich mit einem Frieden mit Syrien komme. Die Syrer können uns Sicherheit garantieren, genau wie die Ägypter und wie die Jordanier, sobald es in ihrem Interesse liegt, weil sie tatsächlich die Möglichkeit dazu haben. Sie haben die Mittel zur Verfügung, anders als die Palästinenser. Und die Syrer haben es auch schon bewiesen: Wann auch immer wir mit ihnen einen Vertrag geschlossen haben, einen Waffenstillstand und dergleichen, haben sie ihn immer 100%ig respektiert. Immer.

Also mit einem Frieden mit Syrien könnte Olmert sich zur Wahl stellen. Warum macht er es also nicht? Denn die Syrer wollen es doch, weil sie es brauchen. Ehud Olmert braucht es, wenn nicht für Israel, dann für sich. Warum tut er es nicht? Weil die Syrer zwar mit uns verhandeln wollen, aber der Preis ist weder Israel noch sind es die Golan-Höhen. Der Preis, das sind die USA. Wenn die Syrer auf den Iran verzichten sollen, dann brauchen sie eine andere Allianz: die Amerikaner, die Europäer, die arabische Welt, mit der wir heute zer-

stritten sind. Aber die Amerikaner zögern. Es hat lange gedauert, bis die Amerikaner dem überhaupt zugestimmt haben, dass wir mit den Syrern verhandeln. Doch sie sagen, tut es, wenn ihr wollt, aber wir haben damit nichts zu tun. Israel reicht den Syrern nicht aus, sie brauchen die Amerikaner. Ich sehe nicht, dass Präsident Bush derjenige sein wird, der diesbezüglich die amerikanische Politik ändern wird, aber vielleicht nach den Wahlen oder eher nach der Machtübernahme des neuen Präsidenten nächstes Jahr, da könnte eine Möglichkeit bestehen. Ob es bei uns Ehud Olmert sein wird oder nicht, steht nicht fest. Aber wer auch immer, er wird genau die gleiche Situation vor Augen haben und dasselbe Dilemma.

Eine Hauptfrage bleibt bestehen: Was ist mit den Palästinensern? Selbst wenn wir mit Syrien Frieden schließen, haben wir das palästinensische Problem noch nicht gelöst. Was machen wir dann? Das ist doch das Hauptproblem, das ist doch der Kern der Nahostkrise. Solange sich im Nahen Osten eine Bevölkerung befindet, die nicht in Würde lebt – und das sind die Palästinenser –, wird es keinen Frieden geben. Und wenn es keinen Frieden gibt, wird es auch für Israel keine Sicherheit auf Dauer geben können.

Napoleon sagte, man kann mit Bajonetten alles erzielen, alles

erreichen, nur kann man auf Bajonetten nicht sitzen. Wir sitzen auf Bajonetten, schon 60 Jahre lang. Ewig kann das nicht so weitergehen. Das Problem ist: Wie und durch wen kann die Sicherheit gewährleistet werden, wenn wir das Westjordanland räumen? Ohne Räumung des Westjordanlandes wird es natürlich keinen Frieden geben, weil sonst kein Palästinenserstaat entstehen kann. Ich sehe nicht, dass die Palästinenser jemals in den Stand kommen, die Sicherheit selber gewährleisten zu können. Ich sehe, dass das auch nicht von der arabischen Welt geschafft werden wird, obwohl die arabische Welt Interesse daran hat. Wieso kommt es dazu, dass Saudi-Arabien einen Friedensplan veröffentlicht? Wieso kommt es dazu, dass die Arabische Liga, die arabische Welt insgesamt so einen Friedensplan unterstützt? Der Plan spricht nicht nur von Frieden mit Israel, von der Anerkennung des Staates Israel, sondern von Normalisierung der Beziehungen, also einen neuen Alltag von Zusammenarbeit ins Leben zu rufen, einen neuen Nahen Osten ins Leben zu rufen. Warum? Sind sie plötzlich in uns verliebt? Es ist klar, warum. Weil sie einen anderen Feind haben, eine andere Gefahr, eine erheblich größere Gefahr für sie alle, und diese Gefahr heißt Iran. Der Iran spricht immer gegen Israel, spricht von der Vernichtung des

Staates Israel. Aber ansonsten ist Israel nicht wirklich ein iranisches Problem, nicht wirklich ein iranisches Interesse. Es ist ein Mittel, um sich bei den Massen der Moslems beliebt zu machen. Das echte Interesse des Iran ist der tausendjährige Traum der iranischen Könige und Kaiser, ihre Nachbarschaft zu beherrschen, also Irak, Saudi-Arabien und die Golfstaaten. Genau das strebt der Iran heute an. Das heißt nicht, dass er diese Staaten erobern muss, aber die Oberhand will er gewinnen. Sollte der Iran dieses Ziel erreichen, dann würde er über 27% aller Erdölvorräte der Welt herrschen. Damit kann er uns alle einschüchtern. Und das fürchten die arabischen Nachbarstaaten, deshalb brauchen sie Ruhe in ihrem Hinterhof, bei den Palästinensern und Israelis, damit sie sich gegen den Iran stellen können. Aber uns Sicherheit gewährleisten, das können sie nicht. Dazu haben sie keine Mittel zur Verfügung. Also, wer kann das tun? Die Amerikaner selbstverständlich, die können alles machen. Ein Bruchteil der amerikanischen Armee im Irak könnte in dem kleinen Westjordanland Sicherheit gewährleisten, umso mehr, da die palästinensische Bevölkerung und die palästinensische Regierung sie begrüßen würden. Wissen Sie, wie klein das Westjordanland ist? Viel kleiner als Bayern, zweimal so groß wie das

Saarland. 5500 km², das ist nicht der Irak und nicht Afghanistan und nicht Vietnam. Es hat eine kleine Bevölkerung, die auch eine ausländische Truppe begrüßen wird und sie haben will.

Aber da die Amerikaner aus innenpolitischen Gründen dies nicht wollen und auch nicht tun werden, wer auch immer der amerikanische Präsident sein wird, gibt es nur noch – ja, wir haben es erraten – die Europäische Union. Was eine internationale Truppe, die Sicherheit im Westjordanland erzwingen soll, braucht, ist vor allem eine politische Rückenstärkung. Eine Rückenstärkung, die solide ist. Die Mission der Truppe, das ist das Wichtige. Die Truppe muss nicht groß sein, die Truppe muss auch nicht unbedingt europäisch sein. Die politische Führung, die politische Unterstützung, die Mission der Truppe muss von der Europäischen Union kommen, weil es keine andere Macht auf Erden gibt, die so etwas leisten kann. Eine internationale Truppe, es können auch europäische Truppen sein. Ich gehe davon aus, dass es in Osteuropa Länder gibt, die so etwas gerne tun würden. Aber sie soll wirklich international sein. Sie kann auch unter Federführung der NATO stehen. Ich würde sehr gerne moslemische Truppen begrüßen, zum Beispiel die Türken. Die Türken haben ein echtes Interesse, Ruhe im Nahen Osten zu erzwingen. Sie

haben eine große Armee, eine starke Armee und ein Interesse und sie sind Moslems. Es können auch andere sein. Indonesier oder was auch immer. Die Hauptsache ist nicht die Größe der Truppe, obwohl sie schon robust sein muss, weil sie etwas erzwingen muss, nicht beobachten, sondern erzwingen. Die Hauptsache ist: Was für eine Mission hat diese Truppe? Wenn wir die Truppen im Südlibanon betrachten, dann sehen wir, dass die gar nichts bewirken können, weil sie keine klare Mission haben. Sie sind eine Beobachtungstruppe, nicht wie die amerikanische Truppe im Irak oder die internationale in Afghanistan. Die Truppe für das Westjordanland muss eine kleine Truppe sein, die robust ist und die die klare Mission hat, Sicherheit zu erzwingen. Sollte man das irgendwann durchsetzen, dann würde die israelische Bevölkerung den Friedensplan akzeptieren, dann würde die palästinensische Bevölkerung dieser Truppe zujubeln. Natürlich darf so eine Truppe nicht zu lange bleiben; mit der Zeit wird sie auch zur Besatzungstruppe. Sie muss so lange bleiben, bis die palästinensische Behörde so weit aufgebaut ist, dass sie selbst die Macht und die Verantwortung übernimmt. Die Europäer zögern nicht, weil sie es sich nicht leisten können, sondern weil sie nicht kühn genug sind. Sie sagen, Frieden im Nahen Osten, Ruhe im Nahen Osten ist ein

unmittelbares europäisches Interesse, aber dazu etwas zu tun, in Bewegung zu setzen – das sehe ich noch nicht. Ich sehe das nicht, aber ich sehe auch keine andere Lösung. Wenn man von den Palästinensern spricht, und das soll mein letztes Wort sein, dann stellt man natürlich auch die Frage: Sie wollen Frieden mit Mahmud Abbas schließen, mit dem Westjordanland, aber was geschieht mit dem Gaza-Streifen und der Hamas, wo bleiben die denn? Wie wir wissen, kann man mit der Hamas nicht sprechen. Sie sind Fundamentalisten, Terroristen; sie sagen offen, sie wollen den Staat Israel zerstören und werden nie einen Staat Israel im Nahen Osten akzeptieren. Es gibt keine Ansatzpunkte, überhaupt mit ihnen zu sprechen, und außerdem wird die Hamas sowieso nicht mit uns sprechen wollen. Sie wollen doch nur Israel bekämpfen und zerstören, worüber spricht man dann? Sie würden auch nie zustimmen, dass Mahmud Abbas mit uns Frieden schließt, aus denselben Gründen. Es hört sich alles wunderbar an, es stimmt nur nicht. Anfang des Jahres 2005 stand der damalige israelische Ministerpräsident Sharon vor einem Dilemma. Er hatte entschieden, einseitig den Gaza-Streifen zu räumen. Er hat aber Sorgen gehabt, was geschieht, wenn die Armee sich zurückzieht und von Scharfschützen beschossen wird. Das kann er sich nicht

leisten. Wenn er unter Umständen – der einseitige Abzug war sowieso in der Bevölkerung umstritten – noch Verluste erleiden sollte, das wäre für ihn damals innenpolitisch verheerend gewesen. Eine Armee, die sich zurückzieht, ist ja immer anfällig, unter allen Umständen, in jedem Krieg. Also wie konnte er sicher sein, dass der einseitige Abzug, obwohl er einseitig ist, dennoch friedlich verläuft? Er wusste genau, mit wem er sprechen sollte: mit der Hamas. Natürlich nicht offen, nicht offiziell, sondern hinter den Kulissen, mittels der Ägypter. Aber es gab ein gegenseitiges Interesse. Er sagte zur Hamas: Was wollt ihr, dass wir den Gaza-Streifen verlassen? Wir wollen den Gaza-Streifen friedlich verlassen; wenn wir ihn nicht friedlich verlassen können, dann bleiben wir da vor Ort. Also gibt es ein gegenseitiges Interesse. Und wir haben eine Vereinbarung gefunden, die vollkommen respektiert wurde. Es ist im Laufe des Abzuges der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen kein einziger Schuss gefallen. Nicht ein einziger Schuss, und ich darf Sie daran erinnern, dass 2005 in Gaza die Hamas noch gar nicht an der Macht war. Das war noch vor den Wahlen, die die Hamas an die Macht gebracht haben, ein Jahr später im November 2006. Also kann man mit der Hamas sprechen, wenn es ein gegenseitiges Interesse gibt. Und die internatio-

nale Politik beruht, basiert immer auf Interessen und nicht auf großen Idealen. Heute gibt es gemeinsame Interessen zwischen uns und der Hamas. Die Hamas braucht unbedingt Ruhe, weil die Bevölkerung im Gaza-Streifen derartig im Elend lebt, dass die Hamas, ihre Beliebtheit verlieren wird, wenn sie nicht etwas verbessern kann. Und wir brauchen Ruhe, weil wir sonst keine Ruhe für unsere Städte und Dörfer entlang des Gaza-Streifens finden können. Wir schaffen es nicht mit Gewalt, wir haben es schon versucht. Wir schaffen es nicht. Wir können Gaza noch so bombardieren und noch so bekämpfen und noch so angreifen, die schießen weiter. Selbst als wir den Gaza-Streifen besetzt hatten, haben sie geschossen. Heute natürlich viel mehr. Also wir brauchen Ruhe und die Hamas braucht Ruhe. Und man verhandelt miteinander. Ja, man spricht miteinander hinter den Kulissen, mit Hilfe der Ägypter. Alle leugnen es, alle sagen, das stimmt gar nicht. Es stimmt. Die Frage ist, ob wir mit der Hamas in den kommenden Wochen oder sogar Tagen einen Waffenstillstand erzielen werden, oder ob es zunächst noch einmal einen Angriff gibt, um zu zeigen, dass man doch der Stärkere ist. Und dann wird man die Feuerpause beschließen. Wir müssen irgendwann dazu kommen, nicht nur Ruhe entlang der Grenze des

Gaza-Streifens zu erreichen, sondern dass es auch irgendwann wieder irgendeine Vereinbarung zwischen den beiden palästinensischen Behörden gibt, zwischen der palästinensischen Regierung in Ramallah und der in Gaza. Sonst wird der eine den anderen immer torpedieren. Also brauchen wir eine internationale Truppe, um Sicherheit zu gewährleisten, und wir brauchen auch eine Vereinbarung zwischen den beiden Teilen der Palästinenser. Das alles hört sich ein bisschen wie Zukunftsmusik an. Ich verspreche Ihnen, das wird tagtäglich vor Ort diskutiert. Es scheint nur unmöglich zu sein. Es ist möglich. Wie haben Sie es vorhin gesagt: Wer an Wunder nicht glaubt, ist kein Realist. Warum? Weil es nicht um Wunder geht, es geht um Realismus. Danke.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter:

Herzlichen Dank für eine klare Analyse, bei der man sich am Ende fragt, warum kann man es nicht doch beschleunigen, und bei der Sie am Ende die Karten auch auf unseren Tisch gelegt haben. Die Europäer werden gebraucht und ich glaube, der Saal war am Ende auch sehr erleichtert, dass Sie, nachdem Sie im ersten Teil zwar gesagt haben, wo kein Frieden ist, wird es wieder eine kriegerische Auseinandersetzung geben, aber doch Wege aufgezeigt haben, die diese kriegerische Auseinandersetzung nicht unausweichlich erscheinen lassen.

Jetzt sollen wir hier miteinander kurz über diese Analyse diskutieren. Ich kann mir eigentlich als Einstieg, Herr Präsident, keine bessere Frage vorstellen als die: Sind die Europäer bereit, geeicht, sind die innenpolitischen Verhältnisse in Europa, in Deutschland so, dass ein Engagement auf diesem Felde möglich erscheint, so notwendig es ist, und wären wir –

(Zwischenruf Avi Primor: Ohne Einsatz der Bundeswehr)

– ich weiß, ich komme gerade darauf, und wären wir bereit es zu tun, wenn es die Türken für uns machen, um es auf diese Formel zu bringen. Das ist ja unser Beitrag zum Frieden, das ist ja in allen Krisensituationen das Scheckbuch gewesen.

Präsident Alois Glück:

Mir ist noch nicht ganz klar, warum die Amerikaner sich in dieser Konstellation weigern, mit Syrien in Verhandlungen einzutreten. Einerseits betrachten die USA Syrien als einen der Schurkenstaaten, aber auf der anderen Seite liegt ihrer Analyse zufolge klar auf der Hand, dass einige Interessen Syriens mit denen der USA kompatibel sind. Sind die USA hier ideologisch verblendet? Wenn ich das richtig einschätze, ist doch der Iran die eigentliche Bedrohung für beide Seiten. Warum also sind die USA hier weiterhin so unbeweglich?

Avi Primor:

Das letzte Mal, dass wir vor einer seriösen Verhandlung mit Syrien gestanden haben, war im März 2000. Da flog der damalige amerikanische Präsident Clinton eigens nach Genf, um den syrischen Präsidenten zu treffen, den Vater des heutigen Präsidenten Hafis al-Assad. Er ist da hingeflogen, weil er davon ausgegangen ist, dass er schon einen Friedensvertrag in der Tasche hatte. Er war sicher, dass es sich lohnt, da hinzufiegen, weil alles schon ausgebügelt war. Gut, das ist ihm damals nicht gelungen und er hat die Syrer beschuldigt. In seinen Memoiren beschuldigte er Barak, den damaligen israelischen Ministerpräsidenten. Immerhin waren es Nebensächlichkeiten, die es nicht erlaubt haben, eine ver-

hältnismäßige Nebensächlichkeit. Seitdem gab es keine Verhandlungen mehr bis auf April 2003. Im April 2003 hatten wir schon den jungen, den heutigen Präsidenten. Der hat Boten nach Israel entsandt, im Geheimen natürlich, alles war hinter den Kulissen und im Geheimen, um Verhandlungen anzubieten. Warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt? Was geschah dann? Das war der Irak-Krieg und der syrische Präsident ist davon ausgegangen – oder zumindest fürchtete er –, dass nach der Beseitigung Saddam Husseins er dran sein würde. Er wollte eine Versicherung haben und dachte, wenn er mit Israel verhandelt, können sich die Amerikaner vielleicht nicht so sehr einen Angriff auf Syrien leisten. Das war eigentlich sein Ziel. Das heißt: Er hat das schon richtig analysiert, die Amerikaner haben Syrien immer als Teil der Achse des Bösen beschrieben und gesagt, dieses Regime müsse man beseitigen. Das gleiche sagte übrigens auch Chirac, wegen der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten. Er beschuldigte Assad persönlich. Also suchte Assad einen Ausweg, aber die Amerikaner wollten das nicht. Die Amerikaner sagen, das ist ein Regime, das mit dem Iran verbündet ist, ein Regime, das mit den Fundamentalisten im Libanon verbündet ist, ein Regime, das die Terroristen im Irak unterstützt. Das

konnte man nie wirklich nachweisen, aber die Amerikaner bestehen darauf und infolgedessen spricht man mit diesem Regime nicht, man muss es beseitigen. Natürlich war das für uns schwierig. Für Sharon war das kein Problem. Sharon sagte, ich will nicht mit Syrien verhandeln. Anders als alle meine Vorgänger bin ich nicht bereit, die Golan-Höhen zurückzugeben, also habe ich kein Streitobjekt mit den Syrern zu lösen. Es gibt auch keinen Grund, überhaupt Verhandlungen aufzunehmen, denn es beginnt ja mit den Golan-Höhen und wird sicher auch mit den Golan-Höhen enden. Wenn ich dazu nicht bereit bin, macht es keinen Sinn. Als Ehud Olmert dann aber an die Macht kam, hat er es anders gesehen, nur fürchtete er die Amerikaner, wenn sie sich dem so sehr widersetzen. Ich war damals der Meinung – das habe ich auch in verschiedenen Artikeln in Israel geschrieben –, dass die Amerikaner sich Verhandlungen mit Syrien widersetzen. Aber sollten wir den Amerikanern sagen, dass das wirklich in unserem Interesse ist? Wenn es für uns unentbehrlich ist, mit Syrien zu sprechen, dann werden sie zumindest wegsehen. Und das hat letzten Endes Ehud Olmert auch mit Bush so erzielt. Bush sagte, gut, wenn du es machen willst, dann mach es. Ich bin nicht dabei, aber ich werde dich nicht zurückhalten. Die Amerikaner mei-

nen immer noch, dass man das syrische Regime beseitigen muss. Ich glaube, dass der neue amerikanische Präsident – selbst wenn es McCain ist – das anders sehen wird. Zunächst einmal hat sich zumindest scheinbar die Lage im Libanon beruhigt, es gibt einen libanesischen Präsidenten. Also ist Syrien nicht mehr der Böse, der da eine Lösung verhindert, obwohl ich keine Lösung sehe. Ich glaube, dass die Hisbollah dort die Macht übernimmt, aber abgesehen davon glaube ich, der neue amerikanische Präsident wird das anders sehen und das wird tatsächlich die Verhandlungen mit Syrien ermöglichen. Bleibt nur die Frage, wer wird dann bei uns an der Macht sein?

(Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter: Einer von zwei Herren, das wissen wir jetzt.)

– Es könnte auch eine Dame sein.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter:

Ich bleibe mal dabei, der Herr Präsident hat meinen Versuch, die Europäer mit aufs Spielfeld zu bringen – ich würde mal sagen, aus nahe liegenden Gründen – abgeblockt. Aber kann es denn so sein, dass in der internationalen Politik immer dann, wenn es brenzlich ist, die Europäer auf die Amerikaner vertrauen, bei allem Misstrauen, das man den USA entgegenbringt?

Avi Primor:

Es ist klar, wenn ich von einer internationalen Truppe spreche – mit Unterstützung der Europäer, denn wenn nicht die Europäer die echte politische Macht dahinter sind, wird es nicht gehen, dann ist mir klar, dass die Europäer es gegen den Willen der Amerikaner nicht tun werden. Die Amerikaner müssen zumindest wegschauen. Wenn sie sich dem klipp und klar widersetzen, wird es so etwas nicht geben. Aber die Amerikaner, die vor ein paar Jahren noch niemanden im Nahen Osten haben wollten – ich sage nur: „wir alleine im Nahen Osten“ – haben schon längst ihre Meinung geändert. Im Südlibanon sind die Truppen keine Amerikaner, und sie haben dem zugestimmt. Nachdem wir den Gazastreifen geräumt haben, entstand eine kleine internationale Truppe – Bewachungstruppe – entlang der Grenze zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen, da sind auch Europäer, und die Amerikaner haben dem zugestimmt. Also sind die Amerikaner in dieser Sache schon milder geworden und verstehen, dass wir alleine das nicht lösen können. Auf jeden Fall nicht, solange sie sich nicht wirklich engagieren wollen, und das wollen sie nicht. Also müssen sie jemand anderen zulassen. Ich glaube, wenn die Europäer heute den Willen zeigen sollten – die werden wahrscheinlich sowieso auf den näch-

sten Präsidenten in Amerika warten –, aber sollten sie den Willen zeigen, glaube ich nicht, dass es amerikanische Widersprüche geben wird.

Präsident Alois Glück:

Es war von einem Land noch nicht die Rede, das immer wieder auf die Weltbühne drängt, nämlich von Russland. Spielt Russland in diesem Gesamtkonflikt – etwa mit Blick auf Syrien, aber auch anderweitig – eine Rolle?

Avi Primor:

Überhaupt nicht – erstaunlicherweise. Immer wieder versucht man, die Russen ein bisschen zu engagieren. Ehud Olmert war selbst zwei oder drei Mal in Moskau, der syrische Präsident war da, der ägyptische Präsident auch, auch die Palästinenser waren schon in Russland, selbst die Hamas-Leute haben Russland besucht. Aber die Russen bewegen sich nicht. Ich glaube, dass sie schlechte Erinnerungen an den Nahen Osten haben. Vielleicht sind sie auch noch nicht reif dazu, ich weiß nicht. Es kommt nichts von Seiten der Russen. (Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter: Aber sie spielen doch im Iran mit. Den haben Sie doch auch stark ins Zentrum Ihrer Überlegungen gestellt) – Im Iran, ja, aber ich glaube nicht, dass die Russen wirklich einen iranischen Sieg anstreben. Das glaube

ich nicht, weil das auch für Russland gefährlich werden kann. Fundamentalisten an der russischen Grenze mit Atomwaffen? Sie haben schon die Tschetschenen dort und jetzt die Iraner? Ich glaube nicht, dass die Russen so weit gehen wollen. Aber vorerst verdienen sie viel Geld dort und das gefällt ihnen schon. Ich glaube nicht, dass das sehr weit gehen kann.

Präsident Alois Glück:

Darf ich, bevor wir schließen, eine letzte Frage stellen? Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht der Konflikt in dieser Region für die weltweite Radikalisierung des Islam? Und umgekehrt: Inwieweit spielt die Radikalisierung des Islam, als Glaube wie als Ideologie, in diesem Konflikt eine große Rolle?

Avi Primor:

Wenig, in beiden Richtungen wenig. Nehmen Sie zunächst einmal die Schriften von Osama bin Laden. Bis auf den 11. September 2001 finden Sie nirgends in seiner Propaganda und in seinen Schriften das Wort Israel, auch nicht das Wort Palästina, nicht einmal Jerusalem. Überhaupt nicht. Er kämpft für das Heilige Land, er kämpft gegen die Amerikaner, weil sie das Heilige Land, den heiligen Boden des Heiligen Landes entweiht haben, und damit meint er Saudi-Arabien. Er war doch einmal mit

den Amerikanern verbündet. Dann hat er seine Meinung geändert, nach dem ersten Krieg gegen den Irak 1991, weil die Amerikaner Truppen auf irakischem Boden stationiert haben. Das war die Entweihung des heiligen Bodens, was allerdings die Engländer, als sie in der Region waren, nie getan haben, sie haben es besser verstanden. Er hat von Israel überhaupt nicht gesprochen, aber nach dem 11. September hat er begriffen, dass Israel ein gutes Propagandaobjekt sein kann. Da hat er allmählich zunehmend – ein bisschen – über Palästinenser, über Jerusalem gesprochen. Das war aber künstlich, erzwungen. Stellen Sie sich vor, es gäbe keinen Staat Israel. Was hätte das daran geändert? Es hätte eine El Kaida gegeben, es hätte ein Afghanistan gegeben – aus denselben Gründen –, es hätte den 11. September gegeben. Es ist alles ein Kampf der Fundamentalisten, zunächst einmal gegen die arabischen Regierungen, gegen die verhältnismäßig modernen arabischen Regierungen, die nicht religiös genug sind, und dann gegen den Westen. Israel ist eine Zugabe. Als man Osama bin Laden einmal die Frage gestellt hat, wieso er von Israel überhaupt nie spricht, da hat er gesagt: Das ist eine Nebensächlichkeit; wenn wir den Weltkrieg gewinnen, wird es sowieso kein Israel geben. Also das beschäftigt mich nicht. Es war so seine Art.

Außerdem sieht man überhaupt in der arabischen Welt und in der islamischen Welt so viele Kriege, die nichts mit Israel zu tun haben. Der achtjährige Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, was hat das mit uns zu tun? Der Krieg zwischen Ägypten und Jemen in den Sechzigerjahren und so weiter. Das sind alles Dinge, die gar nichts mit uns zu tun haben, aber wir werden als Propagandaobjekt sehr oft verwendet. Das stimmt.

Präsident Alois Glück:

Meine Damen und Herren, wir müssen abschließen. Ich möchte auch in Ihrer aller Namen Herrn Botschafter Primor herzlich danken für diese Einblicke und Analysen. Ich glaube, wir werden mit einer anderen Sensibilität und Aufmerksamkeit in den nächsten Wochen und Monaten in den Medien verfolgen, was sich hier tut. Vielen herzlichen Dank und Ihnen einen schönen Abend.

